

Anwälte der Besiegten

Alfred Schickel:

Am 6. Juni 1945 konnten die Deutschen in den alliierten Besatzungszeitungen eine "Deklaration" der Sieger lesen, in welcher ihnen das ganze Ausmaß ihrer militärischen Niederlage vor Augen geführt wurde. Da hieß es klar, unverblümt und zutreffend:

"Die deutschen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sind vollständig geschlagen und haben bedingungslos kapituliert, und Deutschland, das für den Krieg verantwortlich ist, ist nicht mehr fähig, sich dem Willen der siegreichen Mächte zu widersetzen."

Nachdem am 23. Mai 1945 auch die letzte deutsche Reichsregierung unter Großadmiral Dönitz von den Alliierten abgesetzt und in Gefangenschaft genommen worden war, hatten die Deutschen in der Tat keine Vertreter mehr, die ihre politischen und staatlichen Interessen hätten wahrnehmen können. Die bisherigen Amts- und Funktionsträger, vom Reichsminister bis zum Ortsbürgermeister, waren durch ihre Verstrickung in die nationalsozialistische Kriegs- und Gewaltpolitik ihrer Befugnisse entkleidet und zum großen Teil unter Anklage gestellt.

Da waren es die Kirchen und ihre Repräsentanten, die sich der geistigen und materiellen Not ihres Volkes annahmen. Ihr mannhaftes Verhalten gegenüber der Hitlerdiktatur und ihr Eintreten für Menschenwürde und Freiheitsrechte gaben ihnen die moralische Berechtigung, ihre Stimme auch gegen Übergriffe und Ungerechtigkeiten der Sieger zu erheben.

Der Vorwurf der Kollektivschuld und die darauf aufbauenden "Strafmaßnahmen" der Alliierten, wie die Vertreibung der Ost-, Sudeten- und Balkendeutschen sowie die Siegerjustiz in den einzelnen Besatzungszonen, machten die Bischöfe und Kirchenführer zu besonderen Anwälten ihrer besiegten Landsleute.

Furchtlose Stellungnahmen

Unter ihnen ragten der Erzbischof von München, Kardinal von Faulhaber, und der Bischof von Münster, Clemens August Graf von Galen, durch mutige Predigten und furchtlose Stellungnahmen in besonderer Weise hervor.

Der Münchener Metropolit, vor dessen Stadt das berüchtigte Konzentrationslager Dachau lag, wehrte sich im Namen seines Volkes bereits am 2. Mai 1945 gegen die von den Siegern verbreitete Behauptung, die Deutschen hätten von den KZ-Verbrechen gewußt und sie gebilligt, indem er in einem vertraulichen Schreiben an seinen Klerus feststellte:

..... In den Konzentrationslagern Buchenwald und Dachau sind himmelschreiende Unmenschlichkeiten vorgekommen, die jeder vernünftige Mensch verabscheut. Ich bitte aber, für diese schrecklichen Zustände, die von einzelnen Unmenschen verschuldet sind, nicht alle SS oder gar das Volk verantwortlich zu machen, das von diesen Zuständen nichts wußte und für jedes Wort der Kritik selber nach Dachau gebracht worden wäre", um dann an Vorkommnisse zu erinnern, die heute von den Nachgeborenen zumeist unter Tabu gestellt und als "Aufrechnungsversuch" disqualifiziert werden:

"Ich bitte nicht zu vergessen: Wenn all die furchtbaren Leiden, die durch die Fliegerangriffe über unsere Städte kamen, wenn die Leichen der verschütteten oder verbrannten oder in Stücke gerissenen Menschen, auch Frauen und Kinder, auch nur von einer einzigen Stadt

zusammengestellt und in Lichtbildern aufgenommen werden könnten, ein solches Gesamtbild nicht weniger schrecklich wäre als die Bilder, die jetzt von den Konzentrationslagern aufgenommen werden..."

In einem Schreiben an Papst Pius XII. vom 17. Mai 1945 wiederholte Kardinal Faulhaber seine Verwahrungen gegen die Kollektivanklage gegen das deutsche Volk und erinnert an die Opfer, "die bei einem Fliegerüberfall der Amerikaner lebendig begraben und in Stücke gerissen wurden", um dann am 18. Juni 1945 der amerikanischen Besatzungsmacht Dinge vorzuhalten, "die, vom Standpunkt der sittlichen Ordnung aus gesehen, zu verurteilen sind."

Sein bischöflicher Mitbruder und spätere Kardinalskollege, Clemens August Graf von Galen, der "Löwe von Münster", dessen mannhafte Predigten gegen Euthanasie und Vernichtung "unwerten Lebens" nach den Recherchen der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) sogar in Washingtoner Regierungskreisen zirkulierten, setzte sich am 1. Juli 1945 in einer Predigt im westfälischen Telgte gleichfalls kritisch mit den Vorwürfen der Sieger gegen das deutsche Volk auseinander und stellte wörtlich fest:

"Wenn man sagt, das ganze deutsche Volk und jeder von uns sei mitschuldig an den Verbrechen, die in fremden Ländern und im deutschen Land, die vor allem in den Konzentrationslagern begangen worden sind, so ist das gegen viele von uns eine unwahre und ungerechte Beschuldigung."

Willkür und Grausamkeit

Feinsinnig auf den Bombenkrieg der Alliierten anspielend, fuhr Bischof von Galen fort: .. das Leid um unsere Toten, um unsere zerstörten Städte, Wohnungen und Kirchen wollen wir annehmen und mit Gottes Hilfe geduldig ertragen. Nicht aber ungerechte Beschuldigung und Bestrafung für Geschehnisse, unter deren Willkür, Ungerechtigkeit und Grausamkeit wir selbst durch lange Jahre geseufzt und schwer gelitten haben" und rief schließlich den zeitgenössischen Anklägern und Besatzungsherren zu:

"Fort mit solch unwahrer und ungerechter Untermauerung einer Haltung, die es zuläßt, daß der Rest unserer Habe aus den durch Bomben zerstörten Wohnungen weggeschleppt, (laß Häuser und Höfe auf dein Lande von bewaffneten Räuberbanden geplündert und verwüstet, daß wehrlose Männer ermordet, daß Frauen und Mädchen von vertierten Wüstlingen vergewaltigt werden. Fort mit einer Haltung und Gesinnung, die eineretwaigen Hungersnot im deutschen Lande untätig zuschauen würde, in der unwahren Meinung, alle Deutschen seien Verbrecher und verdienten schwerste Bestrafung, ja Tod und Ausrottung!"

Worte, die heute wie Äußerungen "Ewiggestriger" und "Unbelehrbarer" anmuten und der Indizierung durch die "Political Correctness" verfielen, die jedoch damals unter dem Schutz der Meinungsfreiheit standen und von der großen moralischen Autorität des Sprechers getragen waren. Worte, die im übrigen im einst gegnerischen Ausland Verständnis und Stütze gefunden haben. So geißelte der englische Bischof von Chichester, George Bell, die von den alliierten Siegern beschlossene Vertreibung der Deutschen am 8. September 1945 als "unvereinbar mit den Idealen, für welche die Vereinten Nationen gekämpft haben". Bell mahnte am 10. Oktober 1945 eine Versammlung anglikanischer Würdenträger an: "Es geht nicht an, daß einerseits die Massendeportationen Hitlers als Kriegsverbrechen behandelt und bestraft werden, andererseits sich die Alliierten jetzt ähnlicher Verbrechen schuldig machen."

Bei den Siegern vorstellig

Der Informant Bischof Bells und seiner anglikanischen Mitbrüder war übrigens der evangelische Propst Heinrich Grüber, der am 7. August 1945 in einer Nachricht an den Bischof von Chichester das Vertreibungselend mit den Worten beschrieb: "Ich kenne die Leiden der Nichtarier; ich habe die Qualen des Konzentrationslagers mitgetragen, aber was sich jetzt vor unseren Augen abspielt, überschreitet in Form und Umfang alles bisher Dagewesene."

Knapp vier Wochen nach dem Bericht Propst Grübers wurden die in ihrer Hirtensorge um die Vertriebenen besonders betroffenen Bischöfe von Berlin und von Ermland bei den Siegern vorstellig. Konrad Graf von Preysing und Maximilian Keller richteten am 3. September 1945 ein Schreiben an den Alliierten Kontrollrat in Berlin und führten darin aus: "Die Ursachen für die großen Schäden am religiössittlichen Leben unserer Diözesanen sehen wir vor allem in zwei Tatsachen:

- Es werden via facti die Flüsse Oder und westliche Neiße von den Polen als Westgrenze ihres Gebietes festgelegt.
- Das Flüchtlingsproblem wird unbefriedigend behandelt...

Wir glauben aber auch, nicht verhehlen zu dürfen, daß die von der provisorischpolnischen Regierung durchgeführte Festsetzung der beiden Flüsse, Oder und westliche Neiße, als Westgrenze Polens und das damit zusammenhängende Flüchtlingselend der deutschen Bevölkerung das Maß der Leiden und Schäden unserer Diözesanen unbillig erhöht ... Hunderttausende unserer Diözesanen müssen unter dem Druck der Polen oder unter dem Druck des Hungers sofort ihre Heimat verlassen..."

Die von Preysing und Keller beklagten Umstände der Vertreibung und die Lage der Ostdeutschen werden im übrigen in einer Verschluß Meldung der USArmy vom 18. Oktober 1945 dramatisch bestätigt. In ihr meldet das Hauptquartier General Eisenhowers nach Washington:

..... Den Deutschen wird befohlen, ihre Heimstätten zu verlassen und "NeuPolen" zu räumen. Viele, die nicht in der Lage sind, der Ausweisung Folge zu leisten, werden bei geringer Verpflegung und dürftiger Sanitärbetreuung in Lagern festgehalten. Die Krankheits- und Todesraten sind in den Lagern äußerst hoch. Deutsche, die versuchen, ihre Heimstatt und ihre Ländereien zu behalten, werden dermaßen terrorisiert, daß sie schließlich freiwillig ihre Höfe räumen ... Infolge der Massenabwanderung nach Brandenburg und Sachsen sind die Lebensbedingungen in diesen Gebieten tragisch schlecht. Es herrscht dort beispielloser Nahrungsmangel, Mangel an ärztlicher Hilfe und Mangel an Ärzten selber. Demzufolge läßt sich vorausschätzen, daß im nächsten Frühjahr etwa zweieinhalb bis drei Millionen Opfer an Unterernährung und durch Krankheiten zu erwarten sind. Die Todesrate in Breslau ist auf das Zehnfache angestiegen. Typhus, Diphtherie und ähnliche Krankheiten breiten sich bedrohlich aus..."

Solche alarmierenden Nachrichten verliehen den bischöflichen Eingaben und Vorstellungen erhöhtes Gewicht, zumal sie auf höchster Ebene noch durch Verlautbarungen des Papstes bekräftigt wurden. Dabei stellten weder Pius XII. noch die deutschen Bischöfe die Mitverantwortlichkeit des deutschen Volkes und seiner Führung für die 1945 eingetretene Lage in Abrede, sondern redeten den Deutschen in oberhirtlicher Sorge ins Gewissen, wie ihre verschiedenen Kundgebungen und Hirtenbriefe jener Zeit belegen.

Die evangelische Kirchenführung ging im Herbst 1945 allerdings einen Schritt weiter und legte am 18. Oktober ein "Schuldbekenntnis" für die Versäumnisse an Glaubenstreue unter der NSHerrschaft ab. Ein Sühneakt, der nach den zeitgeschichtlichen Untersuchungen Walter Bodensteins auch zeitbedingte Hintergründe hatte und nicht von allen evangelischen Kirchenführern mitgetragen wurde.

Männer wie Landesbischof Theophil Wurm und Propst Heinrich Grüber teilten eher das Selbstverständnis der katholischen Bischöfe als berufene moralische Anwälte ihres Volkes und standen den Schwachen und Entrechteten ihrer Zeit bei. Sie schienen trotz ihres wiederholten Widerspruchs gegen die Vorurteile und Eigenmächtigkeiten der Sieger bei diesen ungleich mehr geschätzt und angesehen als bei der schnellebigen Nachwelt.

In der Geschichte des deutschen Volkes haben sie jedenfalls den verdienten Platz eines furchtlosen Sachwalters seiner Lebensinteressen in Zeiten größter Not.